



NL POST



Berliner Informationen von Prof. Dr. Norbert Lammert MdB

NL POST Nr.143 / 26. Januar 2010

I. Die politische Lage in Deutschland



Wir werden Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern

In dieser Woche stellt die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er bietet eine nüchterne Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen.

Mit minus 5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Zwar ist seit dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein moderates Wachstum zu verzeichnen, ein kräftiger und selbsttragender Aufschwung ist jedoch noch nicht in Sicht.

Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: Sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen. Dafür liefert der Koalitionsvertrag die Orientierung. Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten zu stärken.

Parallel zu den Entlastungen wollen wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Die christlich-liberale Bundesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Das wird uns am besten durch einen konsequenten Wachstumskurs bei gleichzeitig engagierter Konsolidierungspolitik gelingen.

Aktuelle Themen aus der Bundeshauptstadt

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir werden Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

II. Daten und Fakten

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen

Impressum:

NL POST
Herausgeber:
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion:
Michael Rimmel

Tel: 030/22 77 7645
Fax: 030/22 77 6096
Mail:
norbert.lammert@bundestag.de

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung

In dieser Woche (28.01.) findet die internationale Afghanistan-Konferenz in London statt. Die Konferenz wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen. Ziel ist es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Wir erwarten wichtige Weichenstellungen für unser strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“. Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden, damit der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Wenn aber zusätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden muss, um sie wirksam zu schützen. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.

Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab.

II. Daten und Fakten

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland.

Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko.

Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen

Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen.

Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)